



Sprecher:

Gerold Abrahamczik

Telefon: 0151/16734073

E-Mail: g.abrahamczik@angehoerigenbeirat-cbp.info

Internet: www.angehoerigenbeirat-cbp.info

Datum: 02. August 2021

Die Einschränkungen während der Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen auf Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen

Einleitung

Im März 2020 änderte sich das gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik Deutschland entscheidend. Seit dieser Zeit müssen wir hier und überall auf der Welt mit den Auswirkungen von Covid-19 leben. Keiner wusste, was auf ihn zukommt. Auch Ärzte, Wissenschaftler und Virologen waren anfangs ratlos und diskutieren bis heute, welche Strategie die wirksamste gegen die Pandemie ist.

Immer mehr Menschen erkrankten und erkrankten immer noch an Covid-19, weil das Virus sehr ansteckend war und ist. Es wurde zur großen Herausforderung, einen wirksamen Impfstoff zu entwickeln. Diese Herausforderung wurde in überraschend kurzer Zeit gemeistert und so standen schon nach einem knappen Jahr drei gute Impfstoffe zur Verfügung. Die daraufhin einsetzende Impfkampagne begann zunächst zaghaft und gewann dann aber an Fahrt, so dass heute bereits erhebliche Teile der Bevölkerung geimpft sind. Dennoch gibt es große Teile der Bevölkerung, die sich nicht impfen lassen können oder nicht geimpft werden wollen. Dies verstärkt die Sorge vor einer sog. 4. Welle, die dann gerade die Bevölkerungssteile, die sich aus gesundheitlichen Gründen oder wegen ihres Alters nicht impfen lassen können, besonders hart treffen wird.

Für Menschen mit Behinderung war und ist die Zeit unter Corona jedoch noch viel schwieriger. Sie wurden oftmals nicht gesehen, wenn es um Strategien zum Schutz vor und zur Überwindung von Covid-19 ging. Zum Teil fühlen sie sich deshalb bis heute diskriminiert.

Das begann mit der fehlenden Schutzausrüstung, die anfangs nur den Krankenhäusern und Pflegeheimen zur Verfügung stand. Obwohl Menschen mit Behinderung ebenfalls zu den vulnerablen Personengruppen gehören, wurden die Einrichtungen der Behindertenhilfe bis in den Frühsommer 2020 hinein bei der Verteilung von Schutzausrüstung kaum bedacht. Und



ANGEHÖRIGEN BEIRAT



Anschrift: Beirat der Angehörigen im CBP – Mohnweg 6 – 49413 Dinklage

betroffene Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen mussten noch im Sommer 2020 FFP2-Masken zum Preis von bis zu 10 € das Stück selber kaufen.

Um die Menschen mit Behinderung dennoch vor einer Covid-19-Infektion zu schützen, wurden sie zu Beginn der Pandemie aufgrund landesrechtlicher Vorschriften über Wochen und Monate in den Einrichtungen isoliert. Eltern und Angehörige mussten sich innerhalb weniger Stunden entscheiden, ob sie ihre Kinder und Angehörigen nach Hause holen oder in der Einrichtung belassen wollten mit der Folge, diese dann über Wochen nicht mehr besuchen zu können.

Für das Leben in den Einrichtungen der Behindertenhilfe bedeutete diese Form der Isolierung, dass an Teilhabe vielfach nicht zu denken war. Zwar bemühte sich das Personal der Einrichtung mit bewundernswertem Engagement einen abwechslungsreichen Alltag und die Isolierung einigermaßen erträglich zu gestalten, dennoch fehlten die sozialen Kontakte, was insbesondere Menschen mit einer geistigen Behinderung oftmals nur schwer begreiflich zu machen war. Trat dann doch eine Covid-19-Infektion in der Einrichtung auf und erfolgte die Isolierung sodann im eigenen Zimmer oder verstarb ein Mitbewohner plötzlich am Coronavirus, waren dies traumatische Erlebnisse, die vielfach bis heute nachwirken.

Lebten die Menschen mit Behinderung noch zu Hause bei ihren Eltern oder haben die Eltern ihre Kinder mit Beginn der Pandemie nach Hause geholt, haben sich viele dieser Familien in der Folge über Monate freiwillig isoliert, um ihre Kinder und Angehörigen vor dem Virus zu schützen. Dies führte in vielen Fällen zum fast vollständigen Verlust sozialer Kontakte, dem Einstellen eigentlich notwendiger Therapien und für die Menschen mit Behinderung auch zum Verlust der zweiten Lebenswelt, nämlich der Arbeit in der WfbM. Hinzu kam, dass mitunter auch finanzielle Engpässe auftraten, wenn etwa ein Elternteil sich beurlauben lassen oder die Beschäftigung ganz aufgeben musste, um die Rund-um-die-Uhr-Betreuung des Kindes oder Angehörigen leisten und sicherstellen zu können.

Mit Einsetzen der Impfkampagne fühlten sich betroffenen Menschen mit Behinderung erneut nicht adäquat berücksichtigt. Obwohl wissenschaftlich anerkannt und in den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) über Einzelfallentscheidungen entsprechend berücksichtigt, hat sich das Bundesgesundheitsministerium bis zum Schluss geweigert, betroffene vulnerable Menschen mit Behinderung, etwa mit chronischer Lungenerkrankung oder bei myotoner Muskeldystrophie, eine Priorisierung in Gruppe 1 zuzugestehen.

Dies alles hatte und hat Konsequenzen für das Wohlbefinden und die Gesundheit von Menschen mit Behinderung. In der mildesten Form fühlen sie sich von der Politik nicht wahrgenommen. Aber es gibt auch die Menschen mit Behinderungen, die bis heute physisch und psychisch unter den Folgen der mit der Corona-Pandemie einhergehenden Einschränkungen leiden.

Diese Folgen wollen wir im Weiteren näher beleuchten. Wir haben hierzu Angehörige von Menschen mit Behinderung angeschrieben und um ihre Einschätzungen zur Lage von Menschen mit Behinderung und ihrer Angehörigen in der Corona-Pandemie gebeten. Auch wenn die Ergebnisse im wissenschaftlichen Sinne nicht repräsentativ sind, bestätigen die Rückmeldungen in jedem Einzelfall den Eindruck, den wir aus unzähligen Gesprächen mit Angehörigen und Betreuern von Menschen mit Behinderung im Vorfeld bereits gewonnen hatten. Sie machen auf sehr authentische Weise deutlich, wie es Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen in der Pandemie ergangen ist und immer noch ergeht.

Auswirkungen für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen aufgrund der Einschränkungen während der Corona-Pandemie

Wir unterteilen unsere Ausführungen in

- physische und
- psychische Auswirkungen für die betroffenen Menschen mit Behinderung sowie
- in die Auswirkungen und Folgen für die Angehörigen von Menschen mit Behinderung.

Zusätzlich ergänzen wir die Auswirkungen mit kurzen *Beispielen*, die uns von Angehörigen schriftlich geschildert worden sind.

- Physische Auswirkungen:

Die Corona-Pandemie brachte für viele Menschen mit Behinderung, Pflegebedürftigkeit und/oder chronischen Erkrankungen zeitweise Einschränkungen ihrer Gesundheitsversorgung mit sich. Ausgefallene Therapien, monatelange Schutzisolation im Elternhaus oder Wohnheim, Heimarbeit statt Werkstattbesuch, stark eingeschränkte Freizeitmöglichkeiten bedeuteten für behinderte Menschen deutlich weniger Bewegungsmöglichkeiten. Bei vielen Menschen mit Behinderung hat sich insbesondere die Grobmotorik stark verschlechtert. Eingeschränkte Beweglichkeit, Versteifungen und Abbau der Muskulatur sind deutlich erkennbar.

Ehrenamtlicher gesetzlicher Betreuer: „*Mein zu Betreuender hat immer weniger unternommen und sich immer weniger bewegt. Er zeigt immer stärkere Gangunsicherheit, manchmal stolpert er. Er scheint Gleichgewichtsprobleme zu haben und läuft immer mehr mit dem Rollator. Er ist viel steifer geworden und kann z.B. schwer in ein Auto steigen.*“

Diese Bewegungseinschränkungen hatten und haben nicht selten Auswirkungen auf die körperliche bzw. gesundheitliche Konstitution. So berichten Angehörige von einem Abbau der Kondition, von Verdauungsproblemen und auch von Beinvenenthrombosen.

Mutter einer 26-jährigen Tochter: „Alexandra ist am 01.10.2020 in ein Wohnhaus für Menschen mit einer Behinderung eingezogen. Eine Woche später gab es dort einen Corona-Fall - alle Bewohner mussten 14 Tage auf ihren Zimmern in Quarantäne verbringen. Die Krankengymnastiktermine, die sonst in der Werkstatt angeboten wurden, fielen so gut wie alle aus. Freizeitaktivitäten, Jugend-Treffs, Reisen - alles konnte nicht stattfinden. Gerade Bewegungs- und Sportangebote wären so wichtig gewesen. Alexandra hat körperlich abgebaut und kaum noch Kondition bzw. Antrieb sich zu bewegen. In Folge mangelnder Bewegung hatte sie Ende April 2021 auch eine Beinvenenthrombose, musste stationär behandelt werden und jetzt für mindestens anderthalb Jahre Blutverdünner einnehmen.“

- Psychische Auswirkungen (Persönlichkeitsveränderung):

Insbesondere durch die notwendigen Isolationsmaßnahmen in den Wohnheimen aber auch zu Hause hat sich die Persönlichkeit vieler Menschen mit (schwerer und mehrfacher) Behinderung teilweise sehr verändert. Die Einschränkungen zwischenmenschlicher Beziehungen und privater Kontakte sind mit erheblichen psychosozialen Auswirkungen verbunden.

Corona und die damit verbundenden Maßnahmen haben Menschen mit Behinderungen teilweise zutiefst verunsichert. Sie haben die Gefahren des nicht sichtbaren Virus nur schwer verstanden und konnten dementsprechend die Schutzmaßnahmen, insbesondere die Isolierungen und Quarantänemaßnahmen nicht nachvollziehen. Immer wieder andere Vorschriften haben sie teilweise sehr verwirrt. Dies und die notwendigen Hygienemaßnahmen führten in nicht wenigen Fällen zu Verunsicherung, Vereinsamung, Antriebsschwächen, Rückzug und auch aggressivem Verhalten.

Menschen mit Behinderungen hatten Angst, sich anzustecken und zu erkranken, aber auch Angst, für lange Zeit allein in ihren Zimmern bleiben zu müssen. Auch der Tod von Mitbewohnern und Angehörigen und Nachrichten von hohen Sterbezahlen haben betroffene Menschen in nicht wenigen Fällen stark traumatisiert.

Vater eines 27-jährigen Sohnes: „Unser Sohn, geistig behindert, noch bei uns wohnend, war seit Beginn des neunwöchigen Betretungsverbotes für die Werkstätten zu Hause. Die ständige Berieselung mit Coronanachrichten hat ihn regelrecht kirre gemacht. Ständig wurde von unserem Sohn gefragt: Wann ist denn Corona vorbei?“

Corona und die damit verbundenden Maßnahmen wirkten sich auch auf die Persönlichkeit und auch auf die Beziehungsgestaltung aus. Hygienemaßnahmen und Einschränkungen von Besuchsmöglichkeiten führten zu Rückzug und apathischem bis hin zu aggressivem Verhalten. Verstärkt wurde dies durch die Bildung von Kohorten in der WfbM mit der Folge, dass der zweite Lebensbereich (die Arbeit in der WfbM) personell identisch mit dem ersten



Lebensbereich (dem Wohnen im Wohnheim) war und in einzelnen Einrichtungen bis heute noch ist.

Mutter eines 44-jährigen Sohnes: „Ich bin eine Mutter eines behinderten Sohnes, der in einer Einrichtung der Behindertenhilfe wohnt und in einer Werkstatt arbeitet. Er war vor Corona jedes dritte Wochenende zu Hause sowie bei Krankheit und Urlaub! Dann kam Corona und die damit verbundenen Besuchseinschränkungen und Hygienemaßnahmen.

Dies führte bei meinem Sohn zu einer Persönlichkeitsveränderung, die besonders auch wir Eltern zu spüren bekamen. Er wurde uns gegenüber immer ablehnender und wollte aus diesem Grund, um die Quarantäne zu umgehen, nicht mehr nach Hause. Wenn er zu Hause war, war er sehr unmotiviert und zeigte große Antriebsschwächen, er kümmerte sich wenig um sich selbst. Teilweise wollte er nicht mehr aufstehen und nichts essen.

Innerhalb der Wohngruppe in der Einrichtung verschärften sich die Konflikte, da die Bewohner nicht mehr eigenständig etwas unternehmen konnten und sich nur noch zwischen Wohnhaus und Arbeit bewegten. Somit waren die Bewohner 24 Stunden zusammen.“

Mutter einer 32-jährigen Tochter: „Die Zeit mit Corona ist besonders schlimm für Menschen mit Behinderungen. Unsere Tochter ist schwerstbehindert und glücklich, wenn sie täglich in die Förderstätte gehen kann. Während der Corona-Schließung war sie zuhause, weinte viel, weil sie es nicht verstand, warum ihre kleinen Lebensfreuden nicht mehr stattfinden konnten. Zuhause, einsam, ohne Freunde, keine Abwechslung, das war eine schwere Zeit. Sie geht so gern mit dem Rolli bummeln, einkaufen oder in ein Cafe. Das war nicht mehr möglich und hat auch unsere Tochter verändert. Ich kann es nicht erklären, warum sie so vieles nicht mehr darf, weil sie es nicht versteht. Eine harte Zeit für die ganze Familie, ohne Unterstützung.“

- Auswirkungen und Folgen für die Angehörigen

Viele Eltern, Angehörige und gesetzliche Betreuer von Menschen mit Behinderungen haben sich insbesondere zu Beginn der Pandemie mit ihren speziellen Problemen von der Politik vergessen und allein gelassen gefühlt. Zunächst mussten Angehörige aber auch die Leistungserbringer notwendige Schutzmaterialien und -ausrüstungen einfordern. Dann kam die Angst, bei der gesundheitlichen Versorgung vernachlässigt zu werden (Vortriage). Schließlich mussten viele Angehörige bei der Impfpriorisierung intervenieren, damit ihre Kinder und sie selbst angemessen berücksichtigt wurden.



Mit der Corona-Pandemie waren viele etablierten Hilfen zur Versorgung und Betreuung weggebrochen. Eltern haben ihre Kinder teilweise monatelang ausschließlich zu Hause versorgen müssen. Ersatzangebote oder Entlastungsmöglichkeiten wie Verhinderungs- bzw. Kurzzeitpflege, Tagesbetreuung oder Assistenz/Schulbegleitung standen nicht oder nicht in angemessener Form zur Verfügung. Nicht selten haben Angehörige Fahrdienste zu den Werkstätten übernommen, um notwendige Hygienebedingungen einzuhalten. Der Mehrbedarf an Pflege- und Schutzartikeln wurde in der Regel nicht refinanziert.

Für einige Angehörige hatte und hat die Pandemie Auswirkungen auf ihre berufliche Situation. Um die Betreuungssituation noch zu gewährleisten, mussten nicht wenige ihre Arbeitszeiten reduzieren, sich zeitweise beurlauben lassen oder ihr Arbeitsverhältnis ganz aufgeben. Dies bedeutete teils erhebliche finanzielle Einbußen. Die familiäre Situation spitzte sich unter der Pandemie manchmal noch zu, vor allem wenn Klein- oder Schulkinder im Haushalt lebten. Partnerschaft, Freundschaften und weitere soziale Beziehungen litten. Pflegende Angehörige fühlten sich bei diesen zusätzlichen Belastungen oft gesellschaftlich nicht wahrgenommen und angemessen unterstützt.

Mutter eines 36-jährigen Sohnes: „In der ersten Corona-Welle im Frühjahr letzten Jahres war Paul 13 Wochen bei mir zu Hause. Ich musste/konnte zum Glück weiter zur Arbeit gehen, musste aber die Betreuung in dieser Zeit komplett organisieren. Wichtig war mir, Paul eine einigermaßen geregelte Tagesstruktur zu geben, damit er nicht in einen "Faulenzer-Trott" gerät und dann vielleicht später gar keine Lust mehr zum Arbeiten hat. Wir haben uns aus der Werkstatt "Heimarbeit" besorgt, leichte Montagetätigkeiten, die Paul immer mal stundenweise erledigen konnte. Zum Glück haben mich meine Eltern und gute Freude unterstützt.“

Für einige Angehörige und insbesondere ältere Eltern brachten die Kontakteinschränkungen Entfremdung mit sich. Besuche konnten nicht mehr stattfinden, weil Kinder und Eltern Angst vor gegenseitiger Ansteckung hatten. So haben sich Betroffene teilweise monatelang nicht gesehen. Videokontakte waren für Menschen mit Behinderungen und für ihre Angehörigen befremdlich. Digitale Möglichkeiten konnten teilweise gar nicht und nur eingeschränkt genutzt werden.

Vater eines 28-jährigen Sohnes: „Unser Sohn lebt noch bei uns zu Hause. Da er wegen seiner Grunderkrankung zu der vulnerablen Gruppe mit dem höchsten Risiko für einen schweren oder tödlichen Verlauf einer Covid-19-Infektion gehört und er aus medizinischen Gründen auch keine Maske tragen darf, konnte er 15 Monate nicht die Werkstatt besuchen. Und auch wir haben uns in dieser Zeit freiwillig fast vollständig isoliert, damit wir uns nicht selbst und in der Folge auch unseren Sohn nicht anstecken konnten. Wären wir in dieser Zeit mit einer womöglich schweren Coronainfektion ausgefallen, wäre niemand dagewesen, der sich um unseren Sohn hätte kümmern können. Dieses Wissen hat uns während der gesamten Zeit sehr belastet und hat im



Ergebnis auch dazu geführt, dass wir den Rest unserer Familie, die auswärts wohnt, nicht sehen konnten. Wahrscheinlich können sich viele gar nicht vorstellen was es bedeutet, wenn man seine übrigen Kinder und Enkel über anderthalb Jahre nicht mehr persönlich treffen kann und nur über Video sieht.“

Forderungen an Politik und Kostenträger

Die aufgeführten Beispiele schildern sehr anschaulich und plastisch, dass vieles in der Pandemie nicht gut gelaufen ist für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen. Sie fühlten sich alleine gelassen und mit ihren berechtigten Forderungen nicht gehört. Es ist der Eindruck entstanden, dass es mit der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft dann, wenn es darauf ankommt, lange nicht so gut bestellt ist, wie die Politik den Eindruck zu erwecken sucht.

Vielfach war die erste Reaktion in den Landesverordnungen zum Schutz der Menschen mit Behinderung die Isolation. Und diese Isolation gibt es teilweise noch heute, wenn etwa in der WfbM nicht in den ursprünglichen Gruppen, sondern in der „Kohorte Wohnheim oder Wohngruppe“ gearbeitet wird.

Die betroffenen Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen haben dieses Schutzkonzept über eine lange Zeit mitgetragen, schien und scheint es doch alternativlos. Sie haben jedoch auch immer schon bemängelt, dass die Behindertenhilfe viel später als andere mit Schutzausrüstung und Testmaterialien ausgestattet wurde und die vulnerablen Menschen mit Behinderung trotz entsprechender Empfehlung seitens der STIKO beim Impfen nicht entsprechend priorisiert wurden.

Insbesondere die Isolationsmaßnahmen haben jedoch für einige Menschen mit Behinderung erhebliche negative Folgen, wie die Beispiele eindrücklich zeigen. Wenn es also zukünftig darum geht, die Pandemie aufzuarbeiten und Schlussfolgerungen für die weitere Zukunft zu ziehen, so gibt es eindeutige Forderungen, die wir als Angehörige und Betreuer von Menschen mit Behinderung an die Politik und die Kostenträger in der Eingliederungshilfe erheben:

1. Einrichtung eines Rehabilitationsfonds zur Linderung bzw. Beseitigung der psychischen und physischen Folgen, die sich aus den Einschränkungen in der Corona-Pandemie für Menschen mit Behinderung ergeben haben

Mit Fortschreiten der Pandemie sind in vielen Bereichen der Gesellschaft negative Folgen deutlich geworden. Dies wird insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen diskutiert, kaum jedoch bei Menschen mit Behinderung. Folgerichtig gibt es auch nur für den Kreis der Kinder und Jugendlichen das Bundesprogramm „Aufholen nach

Corona für Kinder und Jugendliche“, das mit 2 Mrd. € für die Jahre 2021 und 2022 gefüllt ist.

Wir fordern ein ähnliches Bundesprogramm auch für die Menschen mit Behinderung, die unter den oben geschilderten Folgen von Corona und den damit verbundenen Einschränkungen teilweise drastisch leiden.

2. Gezielte Entlastung der Angehörigen von Menschen mit Behinderung durch aufsuchende Leistungen

Wie die Rückmeldungen von Eltern und Angehörigen eindringlich gezeigt haben, fühlten sich viele Familien von Menschen mit Behinderung in der Pandemie allein gelassen. Der Besuch der WfbM war nicht möglich und therapeutische Leistungen konnten nicht erbracht werden.

Für zukünftige Einschränkungen in der Pandemie muss deshalb gelten: Der Ausfall einrichtungsgebundener Leistungen muss durch aufsuchende Leistungen (z. B. therapeutische Leistungen als Hausbesuche) kompensiert werden.

3. Passgenaue Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen

In der Pandemie ist bei vielen der zu Hause betreuten Menschen mit Behinderung die vormals vertraute Tagesstruktur weggebrochen, da beispielsweise der Besuch der WfbM nicht mehr möglich war. Eltern und Angehörige mussten in der Folge über viele Wochen und Monate „in die Bresche springen“ und Angebote für die Menschen mit Behinderung zu Hause schaffen. Viele fühlten sich hierbei überfordert.

Für zukünftige Einschränkungen muss deshalb gelten: Angebote in Einrichtungen müssen nach Hause transferiert werden. Z. B. muss verstärkt Heimarbeit ermöglicht werden und die Schulassistenz muss auch zu Hause möglich werden.

4. Zusätzliche Bedarfe an Teilhabeleistungen müssen zeitnah geprüft werden, Antragsverfahren sind zu beschleunigen und zu vereinfachen

Hat sich während der Pandemie gezeigt, dass zusätzliche Teilhabebedarfe entstanden sind, sollten diese in einem vereinfachten Verfahren und beschleunigt geprüft und ggf. genehmigt werden. Menschen mit Behinderung und ihre Eltern und Angehörige stehen auch heute noch dem neuen Bedarfsermittlungsverfahren vielfach skeptisch gegenüber und betrachten dieses mit Ängsten und Sorgen. Sie fühlen sich den notwendigen Prozessen oft nicht gewachsen.



Deshalb sind vereinfachte und beschleunigte Verfahren erforderlich, um die zusätzlichen Teilhabebedarfe zeitnah abzudecken.

5. Es werden vermehrt Wohnplätze benötigt

In der Pandemie ist vielen, insbesondere älteren Eltern und Angehörigen in besonderer Weise deutlich geworden, dass sie ihre Kinder und Angehörigen nicht auf Dauer mehr zu Hause betreuen und versorgen können. Der Wunsch nach einem Wohnheimplatz trifft dabei auf eine Situation, die durch ein knappes Angebot und lange Wartelisten /-zeiten bei den institutionellen Wohnangeboten geprägt ist.

Wir fordern deshalb, dass sich die Kostenträger und Leistungserbringer zeitnah auf Lösungen verständigen und entsprechende Angebote schaffen.

6. Pflegende Angehörige benötigen eine Entschädigung für die zusätzlichen Betreuungsleistungen

Um ihre Kinder und Angehörigen in der Pandemie „Rund-um-die-Uhr“ betreuen zu können, weil z. B. der Besuch der WfbM nicht möglich war, mussten diese Familien nicht selten Urlaub nehmen, die Freistellung von der Arbeit beantragen oder eine Arbeitsstelle sogar kündigen. Sie haben dabei zum Teil erhebliche finanzielle Nachteile in Kauf nehmen müssen.

Wir fordern, diese Familien auch finanziell zu entlasten und regen eine gezielte finanzielle Förderung (z. B. in Anlehnung an das Kinderkrankengeld) an. Es darf nicht sein, dass diese Familien, die eine erhebliche Entlastung für die Gesellschaft bewirken, mit den finanziellen Nachteilen allein gelassen werden.

Für den Beirat der Angehörigen im CBP
(Anni Rehmann, Klemens Kienz, Gerold Abrahamczik)